

Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2019

Medienzynismus weiterhin verbreitet, aber mehr Menschen widersprechen

Von Tanjev Schultz*, Marc Ziegele**, Ilka Jakobs*, Nikolaus Jakob*,
Oliver Quiring* und Christian Schemer*

In den Zeiten der Corona-Pandemie sind die Reichweiten etablierter Nachrichtenangebote gestiegen. Einer repräsentativen Umfrage der Universitäten Mainz und Düsseldorf zufolge nutzten im März 2020 mehr als zwei Drittel der Deutschen ab 18 Jahren den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mindestens täglich, um sich über die Entwicklungen der Pandemie zu informieren. (1) In gesellschaftlichen Krisen wächst der Bedarf an verlässlichen Informationen, nach denen die Menschen sich richten können. Zugleich steigen die Gefahren, die von Gerüchten, Falschinformationen und Verschwörungstheorien ausgehen. Umso deutlicher wird in solchen Phasen, wie entscheidend seriöse Quellen sind, denen die Bürgerinnen und Bürger vertrauen und an denen sie sich orientieren können.

Medienvertrauen als
Voraussetzung für
lösungsorientierte
öffentliche
Kommunikation

In den vergangenen Jahren wurde die Medienbranche in Deutschland und in anderen Ländern durch teilweise scharfe Angriffe und den Eindruck eines erodierenden Vertrauens verunsichert. Im Zuge einer Polarisierung, in der Populisten und Extremisten erstarken, geraten Journalistinnen und Journalisten unter Druck. Drastische medienkritische Vorwürfe, die in Deutschland kursieren und den Medien eine systematisch unwahre Berichterstattung unterstellen, können gerade in Krisenzeiten zu einem ernststen Problem werden. Denn das Gelingen einer lösungsorientierten öffentlichen Kommunikation in der Demokratie hängt unter anderem davon ab, dass das Publikum den Medien ihre Legitimation und Glaubwürdigkeit nicht grundsätzlich abspricht. Um ihrer Aufgabe nachkommen zu können, die Menschen zu informieren, mit Fakten zu versorgen und zur gesellschaftlichen Problemlösung beizutragen, müssen sich die Medien auf ein Fundament an Vertrauen in der Bevölkerung stützen können.

Langfristiges
Monitoring wichtig

Vertrauen entwickelt sich in komplexen und langwierigen Prozessen, die in der frühkindlichen Sozialisation beginnen. Auch der gesellschaftliche Wandel – das Schwinden oder Wachsen von Vertrauen in bestimmte Institutionen – vollzieht sich über viele Jahre hinweg. Daher ist es bei der Untersuchung des Vertrauens in die Medien wichtig, sich von ein-

maligen Messungen und punktuellen Analysen zu lösen. Die Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen erhebt regelmäßig in repräsentativen Umfragen die Einstellungen der Bevölkerung zu den Medien in Deutschland. In den vergangenen Jahren leistete sie einen Beitrag zur Differenzierung, indem sie zeigte, dass das Medienvertrauen in Deutschland vergleichsweise stabil ist und sowohl der öffentlich-rechtliche Rundfunk als auch die Tageszeitungen weiterhin hohe Vertrauenswerte erreichen. (2)

Kurz und knapp

- Die sechste Welle der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen befragte 1 200 Menschen zu ihren Einstellungen gegenüber den Medien.
- Die etablierten Medien genießen weiterhin großes Vertrauen in der Bevölkerung.
- Öffentlich-rechtliches Fernsehen liegt mit einem Vertrauenswert von 67 % an erster Stelle.
- Medienkritische Aussagen treffen auf weniger Zustimmung als noch 2018.
- Jeder Vierte traut den Medien bei wichtigen Themen allerdings nicht.

Zugleich identifizierte die Langzeitstudie aber einen sich herausbildenden Kern an scharfen und zynischen Kritikerinnen und Kritikern, die etablierte Nachrichtenangebote pauschal verurteilen und teilweise sogar eine systematische Komplizenschaft zwischen Politik und Medien unterstellen. Hier besteht die Gefahr einer Radikalisierung, die sich in verbalen oder physischen Aggressionen gegen Journalistinnen und Journalisten entladen kann. Insgesamt konnte die Mainzer Langzeitstudie die vielfach angenommene Polarisierung der Gesellschaft in klaren Zügen nachzeichnen.

Breiter Diskurs
über Medien

Seit dem Aufkommen der sogenannten „Lügenpresse“-Vorwürfe in den Jahren 2015 und 2016 thematisieren die Medien zunehmend ihre eigene Rolle, ihre Arbeitsweisen und auch ihre Defizite. Ihr Publikum wird dadurch gleichsam angespornt, über die Rolle des Journalismus und über die eigenen Erfahrungen mit Nachrichtenangeboten zu reflektieren. So kann es geschehen, dass sich in einer Gegenreaktion zur scharfen Medienkritik, die andere artikulieren, viele Menschen des Werts der von ihnen genutzten Medien bewusst werden. In der Agenda-Setting-Forschung spricht man von „obtrusive issu-

* Institut für Publizistik der
Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

** Institut für Sozialwissenschaften der
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

es“, wenn von Themen die Rede ist, die so relevant und präsent sind, dass sie das Publikum zur Wahrnehmung, Reflexion und Positionierung bewegen. Das Schrumpfen des Anteils der Unentschiedenen und der wachsende Anteil an Personen, die eine unterschiedene Haltung zur Glaubwürdigkeit von Medien herausbilden, zeugen von dieser Entwicklung.

Sechste Welle der Mainzer Langzeitstudie

Umfrage im Herbst 2019 mit 1 200 Befragten

In früheren Befragungswellen hat die Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen einen Trend der Polarisierung in den Einstellungen zu den Medien festgestellt. Die mittlerweile sechste Erhebung erlaubt nun weitere Einblicke in Einstellungsmuster, die sich im Laufe der Zeit verändern und verschieben. Die Studie ist unabhängig, sie wurde aus Forschungsmitteln der beteiligten Wissenschaftler finanziert. Im November und Dezember 2019 wurden bundesweit 1 200 Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren in einer repräsentativen Telefonumfrage (CATI) befragt, die das Meinungsforschungsinstitut IFAK im Auftrag der Forschungsgruppe am Mainzer Institut für Publizistik durchführte. Die maximale statistische Fehler-toleranz beträgt 2,8 Prozent. Die aktuellen Daten wurden erhoben, bevor die Corona-Pandemie Deutschland erschütterte. Sie können zeigen, auf welche grundlegenden Einstellungen in der Bevölkerung die Medien trafen, als die Krise begann.

Erstmals Fragen zur Berichterstattung über Klimawandel

Wie in den bisherigen Erhebungswellen enthielt der Fragebogen mehrere Fragen zum Medienvertrauen, darüber hinaus Fragen zur Medien- und Internetnutzung, zu verschiedenen Mustern der Medienkritik, zu politischen Einstellungen sowie zu soziodemografischen Merkmalen. Zudem wurde zwischen dem Vertrauen in unterschiedliche Medienangebote differenziert. In der fünften Welle war, basierend auf Erfahrungen der Forschung, das Vertrauen der Bevölkerung in die Medienberichterstattung zu verschiedenen aktuellen Themen erhoben worden. Es zeigte sich, dass das Vertrauen besonders bei solchen Themen niedrig ist, die stark polarisierend und emotional aufgeladen sind und bei denen die Medien nicht als Vorkämpfer für die eigene Sichtweise wahrgenommen werden (z. B. Flüchtlingsthematik, Umgang mit dem Islam in Deutschland). Um diese Befunde weiter differenzieren zu können, wurden in der neuen Befragungswelle erstmals Fragen zum Vertrauen in die Berichterstattung über den Klimawandel und über die Wohnungsnot gestellt.

Ebenfalls erstmals erhoben wurde die Befürwortung von (verbaler) Gewalt gegen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Medien. Um Veränderungen im Zeitverlauf analysieren zu können, verwendet die Langzeitstudie eine Reihe von Kernfragen gleichlautend in allen Erhebungen. Besonders wichtig erscheint dabei, wie sich die Zustimmung zu drastischer und pauschaler Medienkritik entwickelt.

In Deutschland wirft etwa jede fünfte Person ab 18 Jahren den Medien vor, die Bevölkerung systematisch zu belügen. Zugleich wächst jedoch die Zahl der Menschen, die diesen Vorwurf zurückweisen. Insgesamt stimmen 18 Prozent der Aussage zu: „Die Bevölkerung in Deutschland wird von den Medien systematisch belogen.“ 2018 waren es 16 Prozent, 2016 19 Prozent (vgl. Abbildung 1). In der aktuellen Umfrage weisen 58 Prozent diesen Vorwurf zurück – dies ist der bisher höchste gemessene Wert in der Langzeitstudie. Ein Jahr zuvor waren es 51 Prozent, 2016 nur 44 Prozent. Die Zahl der Menschen, die sich nicht auf eine Seite festlegt, ist kontinuierlich gesunken und liegt nun bei 22 Prozent (2016 waren es 36 %). Dieses Ergebnis stützt die Annahme, dass sich die Bürgerinnen und Bürger stärker als früher damit auseinandersetzen, wie sie die Medien sehen und wie sie zu ihnen stehen.

Eine ähnliche Polarisierung zeigt sich bei anderen Aussagen, mit denen die Studie „Medienzynismus“ misst. So stimmen 23 Prozent der Behauptung zu: „Die Medien arbeiten mit der Politik Hand in Hand, um die Meinung der Bevölkerung zu manipulieren.“ 53 Prozent weisen diesen Vorwurf zurück. Im Jahr 2016 lag die Zustimmung bei 27 Prozent, die Ablehnung bei 40 Prozent. Der Aussage „Die Medien in der Bundesrepublik sind lediglich ein Sprachrohr der Mächtigen“ stimmen 26 Prozent zu, 46 Prozent weisen diese Behauptung zurück. Im Jahr 2016 lag die Zustimmung bei 31 Prozent, die Ablehnung bei 32 Prozent. Der Anteil derjenigen, die sich bei der Behauptung nicht festlegen und eine mittlere Position einnehmen, sank von 37 Prozent im Jahr 2016 auf 25 Prozent im Jahr 2019. Insgesamt weisen nun mehr Menschen als in den vergangenen Jahren Aussagen zurück, die den Medien absichtliche Manipulation und systematische Lüge vorwerfen.

In der aktuellen Befragungswelle sagen 43 Prozent der Befragten, dass sie den etablierten Medien bei wichtigen Themen vertrauen (vgl. Abbildung 2). Die Zustimmung bleibt damit seit nunmehr vier Jahren in Folge vergleichsweise konstant (2016: 41 %; 2017: 42 %; 2018: 44 %). Allerdings äußern 28 Prozent Misstrauen – ein Anstieg gegenüber dem langjährigen Trend (2016: 22 %; 2017: 17 %; 2018: 22 %). Die Gruppe derjenigen, die beim Vertrauen eine mittlere Position einnehmen („teils, teils“), ist so klein wie noch nie in der Mainzer Langzeitstudie. Ihr Anteil beträgt nun 29 Prozent. 2018 waren es 34 Prozent, im Jahr 2008 noch 63 Prozent. Offenbar sehen sich immer mehr Menschen angesichts einer polarisierenden Debattenkultur tatsächlich dazu veranlasst, selbst Position zu beziehen.

Das Vertrauen ins öffentlich-rechtliche Fernsehen ist seit Jahren vergleichsweise stabil. In der aktuellen Erhebungswelle vertrauen ihm 67 Prozent der Bevöl-

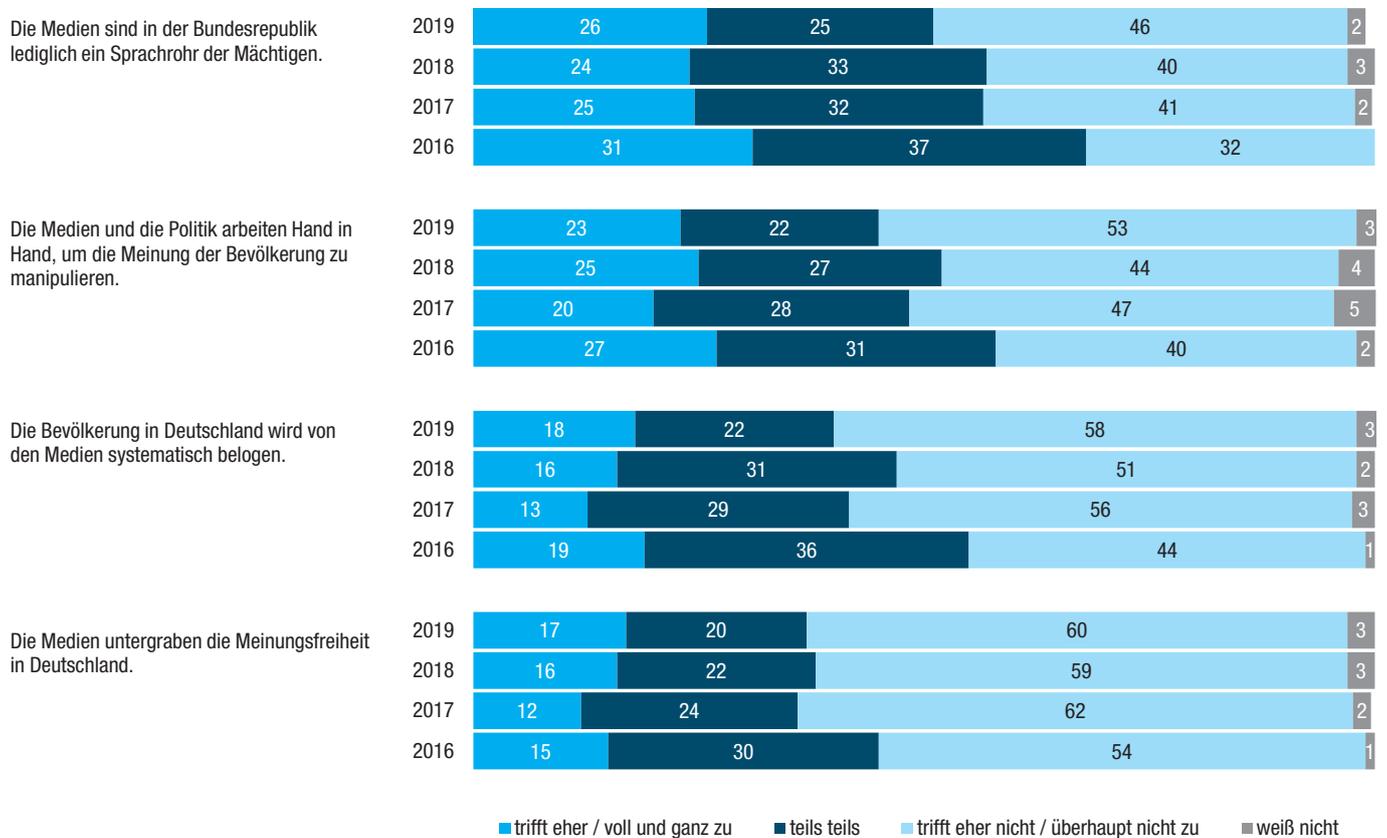
Vorwurf der systematischen Lüge erntet mehr Widerspruch

Polarisierung setzt sich fort

Stabiles Vertrauen in öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Abbildung 1
Medienzynismus

Personen ab 18 Jahren, Zustimmung zu folgenden Aussagen in %



Frage: „Denken Sie nun bitte noch einmal an die etablierten Medien in Deutschland zurück, also an die großen Fernsehsender und Zeitungsverlage. Diese werden ja im Augenblick viel kritisiert. Wir haben einmal eine Reihe von Kritikpunkten aufgelistet, was denken Sie, welche dieser Kritikpunkte treffen Ihrer Meinung nach zu, welche treffen nicht zu.“

Basis: alle Befragten (n= 1 200). Geringfügige Abweichungen von 100 Prozent aufgrund von Rundungen.

Quelle: Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen Welle 2019.

kerung (2018: 65 %, 2016: 69 %) (vgl. Abbildung 3). Eine Regressionsanalyse zeigt, dass die Angebote der Öffentlich-Rechtlichen vor allem unter älteren, formal höher gebildeten und politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern großes Vertrauen genießen. (3) Frauen vertrauen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk etwas mehr als Männer. Personen, die mit der Politik generell unzufrieden sind und eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation in der Zukunft befürchten, vertrauen ihm signifikant weniger.

In den vergangenen Jahren ist der Anteil derjenigen gestiegen, die sagen, dass sie die Angebote der Öffentlich-Rechtlichen nicht für vertrauenswürdig halten: von 5 Prozent im Jahr 2016 auf 11 Prozent im Jahr 2019. Auch hier ist die mittlere Gruppe, die sich nicht festlegt, geschrumpft. Zwar sind diejenigen, die den öffentlich-rechtlichen Nachrichtenangeboten kein Vertrauen schenken, weiterhin klar in der Minderheit. In der Zusammenschau mit den teilweise

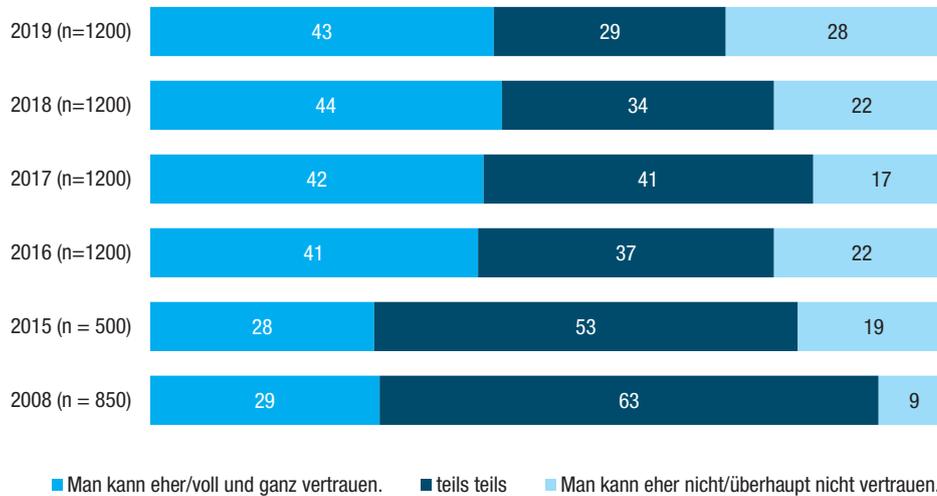
höheren Zustimmungswerten für Aussagen, die den Medien in Deutschland Manipulation und Lüge vorwerfen, weisen die Werte allerdings auf eine Gruppe an grundsätzlich Unzufriedenen hin, die keineswegs als marginal abgetan werden kann.

Vergleichsweise hoch ist das Ansehen regionaler Tageszeitungen in der Bevölkerung: 65 Prozent halten sie für vertrauenswürdig (2018: 63 %), nur 9 Prozent halten sie nicht für vertrauenswürdig (2018: 5 %). Diese Werte ermöglichen es Zeitungsredaktionen, die sich im Strukturwandel befinden, auch im digitalen Umfeld als Quelle für verlässliche Informationen aufzutreten.

In der Umfrage wurde zwischen regionalen und überregionalen Zeitungen unterschieden. Überregionale Zeitungen werden von 55 Prozent der Befragten als vertrauenswürdig eingeschätzt (2018: 49 %). Dass sich insgesamt 20 Prozent (2018: 22 %) der Befragten eines Urteils über die Vertrauenswürdig-

Auch Regionalzeitungen gelten als vertrauenswürdig

Abbildung 2
Medienvertrauen bei wichtigen Dingen
Personen ab 18 Jahren, Angaben in %



Frage: „Wie ist das, wenn es um wirklich wichtige Dinge geht – etwa Umweltprobleme, Gesundheitsgefahren, politische Skandale. Wie sehr kann man da den Medien vertrauen?“

Basis: Alle Befragten (n=1 200). Geringfügige Abweichungen von 100 Prozent aufgrund von Rundungen.

Quelle: Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen Welle 2019.

keit der überregionalen Presse enthalten, mag ein Hinweis darauf sein, dass sie dieses Presse-segment nicht (mehr) aus eigenem Erleben kennen und einschätzen können. Wie in allen früheren Umfragen der Langzeitstudie genießen die Informationsangebote des privaten Fernsehens (26 %) und der Boulevardzeitungen (7 %) das geringste Vertrauen in der Bevölkerung.

Soziale Medien gewinnen leicht an Boden

Das Vertrauen in Social-Media-Angebote als Quelle von Nachrichten bewegt sich auf niedrigem Niveau, ist aber gestiegen, nachdem ihr Image in den Vorjahren unter den Debatten über Datenskandale, Hassrede und Fake News gelitten hatte. In der neuen Umfrage äußern 10 Prozent Vertrauen zu den Nachrichten in sozialen Netzwerken, im Jahr zuvor waren es nur 4 Prozent (vgl. Abbildung 4). Der Anteil derjenigen, die Nachrichten in sozialen Netzwerken nicht für vertrauenswürdig halten, liegt nun bei 45 Prozent (2018: 51 %). Ein Faktor für den Zugewinn an Vertrauen könnten Auswirkungen von Imagekampagnen der Digitalkonzerne sowie erfolgte und öffentlich diskutierte politische Regulierungen sein. Gleichwohl ist das Image sozialer Medien mit Blick auf ihre Informationsqualität nach wie vor überwiegend negativ.

Die meisten Bürgerinnen und Bürger verlassen sich demnach lieber auf bewährte journalistische Anbieter, die sich auch in digitalen Kommunikationsräumen als Marken etabliert haben oder zu etablieren beginnen. Es ist zu erwarten, dass die gegenwärtige Corona-Krise dieser Vorliebe weiteren Auftrieb ge-

ben dürfte, wie auch die aktuellen Reichweitenzuwächse bei (digitalen) Zeitungen und Nachrichtensendungen zeigen. (4)

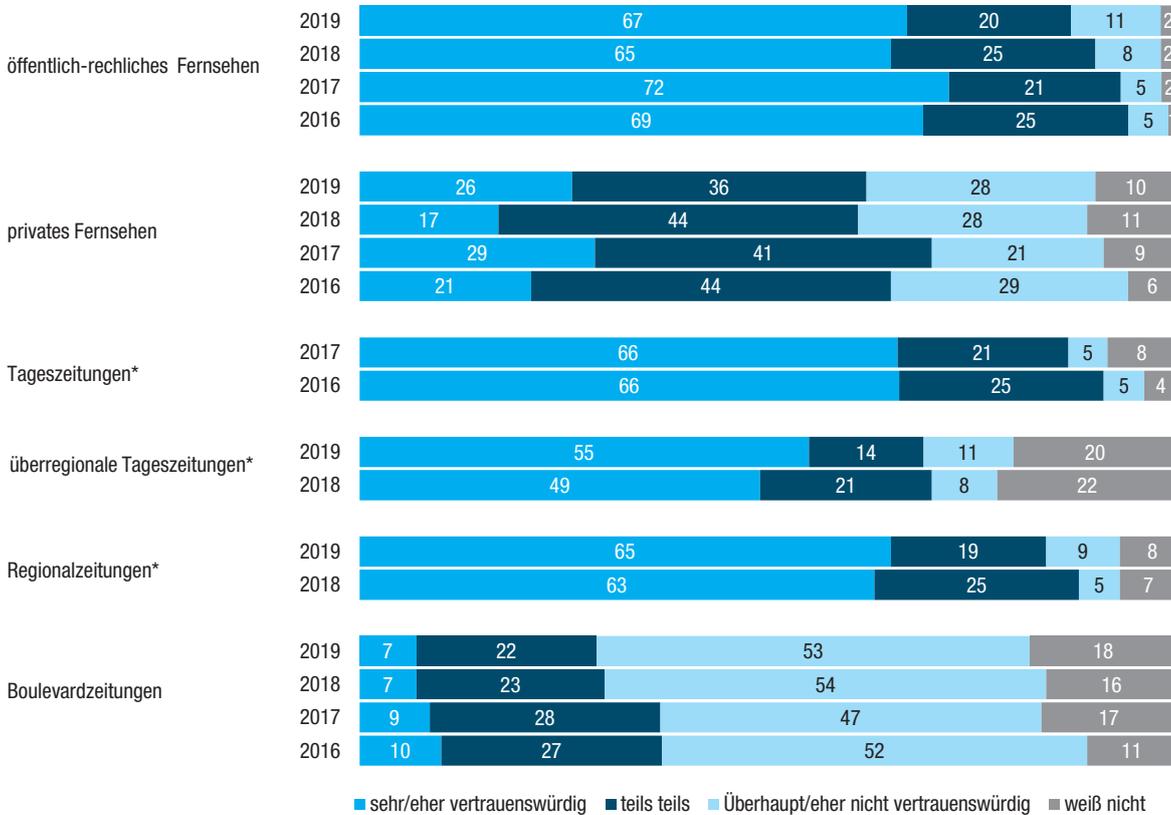
Im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs wird oft angenommen, dass soziale Medien vor allem von den Menschen als vertrauenswürdig erachtet werden, die etablierten journalistischen Informationsangeboten kein Vertrauen mehr schenken. (5) Eine Regressionsanalyse der Daten aus der aktuellen Welle der Mainzer Langzeitstudie bestätigt dies. (6) Die Ergebnisse sind nahezu spiegelbildlich zu den beschriebenen Eigenschaften von Personen, die dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk vertrauen oder nicht vertrauen. So halten jüngere, formal niedriger gebildete sowie politisch enttäuschte und desinteressierte Menschen die Nachrichten auf Facebook und Co. für vertrauenswürdiger. Obwohl auch traditionelle journalistische Titel mittlerweile in vielen sozialen Netzwerken mit eigenen Angeboten präsent sind, deutet sich hier eine Fragmentierung der Informationsnutzung an, die die Polarisierung des Medienvertrauens, aber auch eine allgemeine gesellschaftliche Polarisierung spiralartig verstärken könnte.

Das Medienvertrauen der Bevölkerung ist nicht über alle Themen hinweg gleich groß: Übergreifend vertrauen, wie oben berichtet, 43 Prozent der Menschen in Deutschland den etablierten Medien bei „wichtigen Dingen“. Beim Thema „Wohnungsnot“, das in der Diagnose wenig umstritten ist, ist der Anteil noch größer: Hier halten 55 Prozent die Bericht-

Vertrauen in Berichterstattung über Klimawandel relativ hoch

Abbildung 3 Vertrauen Mediengattungen

Personen ab 18 Jahren, Wie vertrauenswürdig finden Sie diese Angebote?



Frage: „Vorhin hatten wir Sie gefragt, welche Medien Sie nutzen, um sich über das aktuelle Geschehen in Politik und Gesellschaft zu informieren. Manche Menschen halten bestimmte Medienangebote dabei für vertrauenswürdig als andere. Ich lese Ihnen die Medienangebote von vorhin noch einmal vor. Bitte sagen Sie mir, wie vertrauenswürdig Sie diese Angebote finden.“

Basis: Alle Befragten (n=1 200). Geringfügige Abweichungen von 100 Prozent aufgrund von Rundungen

* Bis einschließlich 2017 wurde nicht zwischen regionalen und überregionalen Tageszeitungen differenziert, in der 2018er Welle wurden sie erstmals gesondert abgefragt.

Quelle: Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen Welle 2019.

erstattung für vertrauenswürdig, nur 16 Prozent haben kein Vertrauen, die übrigen äußern sich unentschieden oder gar nicht (vgl. Abbildung 5). Beim Klimawandel ist das Vertrauen ebenfalls vergleichsweise hoch ausgeprägt: 48 Prozent vertrauen den Medien, 23 Prozent nicht, 28 Prozent nehmen eine mittlere Position ein.

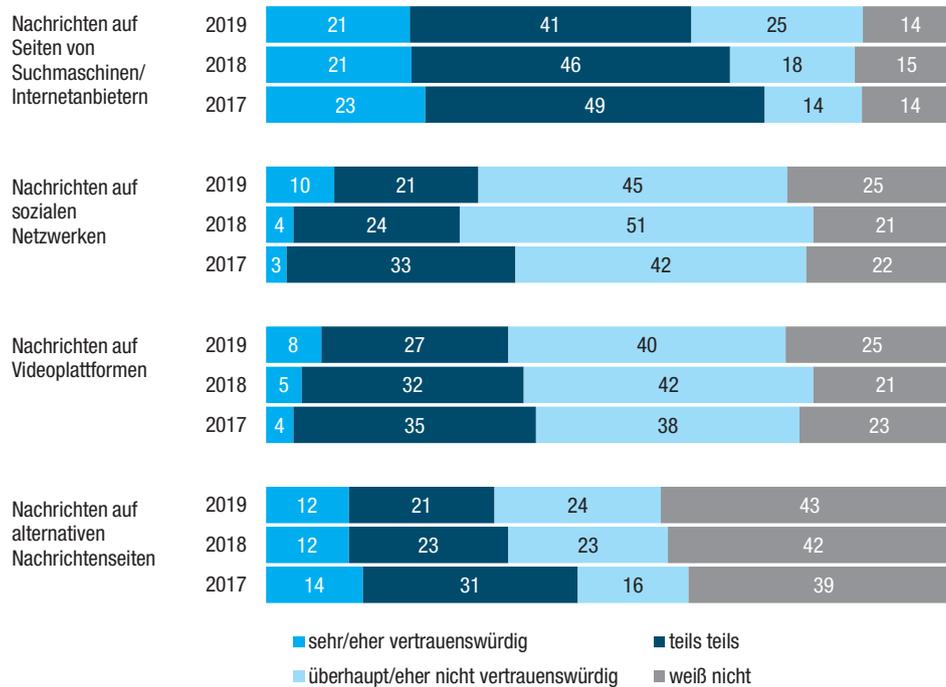
Angesichts der auch in etablierten Medien zu findenden Kontroversen und einer Vielfalt an Positionen zur Klimapolitik und zur Bewertung von Greta Thunberg und der Bewegung „Fridays for Future“ erscheint das Einnehmen einer mittleren Position als Ausdruck einer ambivalenten oder differenzierten Haltung gut erklärbar. Nur eine Minderheit ist hingegen von der Berichterstattung insgesamt enttäuscht und vertraut ihr nicht.

Umstrittener ist die Berichterstattung über die AfD: Hier haben lediglich 36 Prozent Vertrauen, 32 Pro-

zent haben kein Vertrauen. Bei der Interpretation dieser Werte ist zu beachten, dass es verschiedene Gründe dafür geben kann, der Berichterstattung nicht zu vertrauen. So könnten Anhängerinnen und Anhänger der AfD den (berechtigten oder unberechtigten) Eindruck haben, die von ihnen favorisierte Partei werde in den Medien zu wenig oder unfair behandelt. Gegner der AfD könnten dagegen den (berechtigten oder unberechtigten) Eindruck haben, in den Medien werde zu viel oder zu vorteilhaft über die Partei und ihre Positionen berichtet. Wie die Medienforschung unter dem Stichwort „hostile media perception“ diskutiert, kann ein und dieselbe Berichterstattung von unterschiedlichen Lagern jeweils unterschiedlich wahrgenommen und als ungerecht empfunden werden. (7)

Ein weiteres Themenfeld, das stark polarisiert ist – wie im Vorjahr – der Islam. Der Berichterstattung vertrauen hier nur 31 Prozent, 30 Prozent halten sie

Abbildung 4
Vertrauen in Onlineangebote
Personen ab 18 Jahren, Angaben in %



Frage: „Vorhin hatten wir Sie gefragt, welche Medien Sie nutzen, um sich über das aktuelle Geschehen in Politik und Gesellschaft zu informieren. Manche Menschen halten bestimmte Medienangebote dabei für vertrauenswürdiger als andere. Ich lese Ihnen die Medienangebote von vorhin noch einmal vor. Bitte sagen Sie mir, wie vertrauenswürdig Sie diese Angebote finden.“

Basis: Internetnutzer (n=952). Geringfügige Abweichungen von 100 Prozent aufgrund von Rundungen.

Anmerkung: n = 1 010 Onlinenutzer (84 % der Gesamtstichprobe).

Quelle: Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen Welle 2019.

für nicht vertrauenswürdig, 33 Prozent nehmen eine mittlere Position ein. Allerdings ist die mittlere Gruppe im Vergleich zur Erhebung im Jahr 2018 zugunsten derjenigen, die der Berichterstattung vertrauen, deutlich kleiner geworden. Die gleiche Tendenz zeigt sich beim Vertrauen in die Berichterstattung über die Kriminalität der nach Deutschland geflüchteten Menschen. Diese Entwicklung könnte darauf beruhen, dass diese Themen insgesamt etwas weniger im Fokus gestanden haben als im Jahr zuvor. Möglich wäre auch, dass sich die Berichterstattung nach dem Eindruck der Befragten auf positive Weise verändert hat.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse in Übereinstimmung mit anderen Studien, dass die Berichterstattung der etablierten Medien vor allem bei politisch stark aufgeladenen und umstrittenen Themen wie Migration und Islam vergleichsweise wenig Vertrauen genießt. (8)

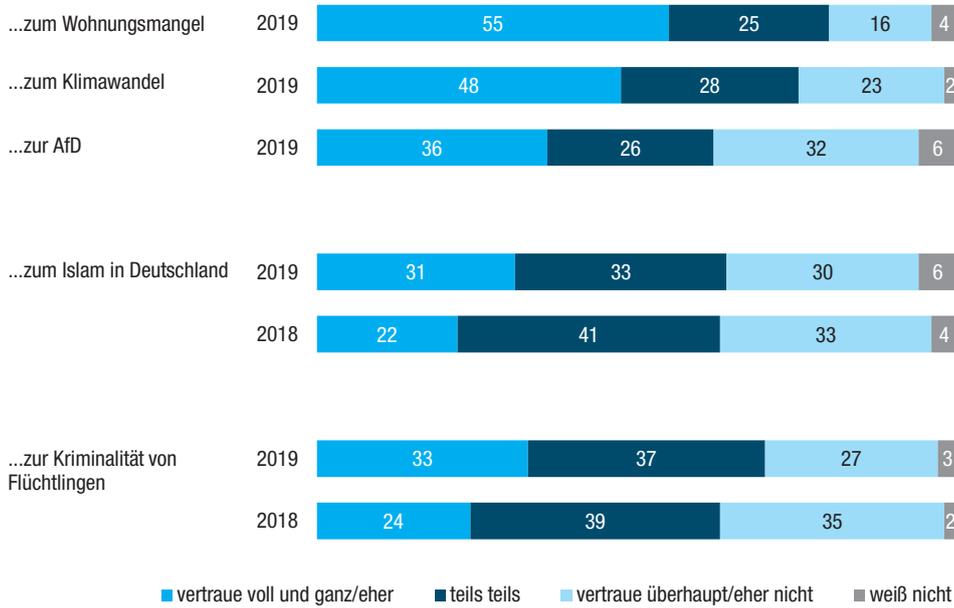
schaftlichen Frieden. Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019, Hasskommentare im Internet sowie Drohungen und Aggressionen gegen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Medien haben eine Debatte über die Zunahme der Gewalt und eine Verrohung der politischen Kultur ausgelöst. Laut einer Umfrage des Magazins „Kommunal“ wurden in jeder fünften Stadt und Gemeinde in Deutschland Beschäftigte Opfer körperlicher Gewalt im Amt. (9) Auch im Internet und in sozialen Netzwerken wurden die meisten Politikerinnen und Politiker bereits mit Hassbotschaften und persönlichen Anfeindungen konfrontiert. (10)

Wie die Mainzer Langzeitstudie zeigt, lehnt jedoch eine klare Mehrheit den Einsatz von Gewalt in politischen Auseinandersetzungen ab: 89 Prozent stimmen der Aussage zu: „Politische Konflikte sollten grundsätzlich friedlich gelöst werden“ (vgl. Abbildung 6). Entsprechend lehnen 82 Prozent die Aussage ab: „Gewalt gegen Politiker oder Journalisten kann man heutzutage gut verstehen“. Allerdings haben 7 Prozent Verständnis für Gewalt gegen Politiker und Journalisten, weitere 10 Prozent antworten unentschieden („teils, teils“). Hier liegt ein bedroh-

Mehrheit wendet sich gegen Einsatz von Gewalt

Die gesellschaftlichen Diskussionen über Migration und Flucht sind nicht nur durch Polarisierung gekennzeichnet. Rechtsextremisten und Rechtsterroristen verüben Anschläge und bedrohen den gesell-

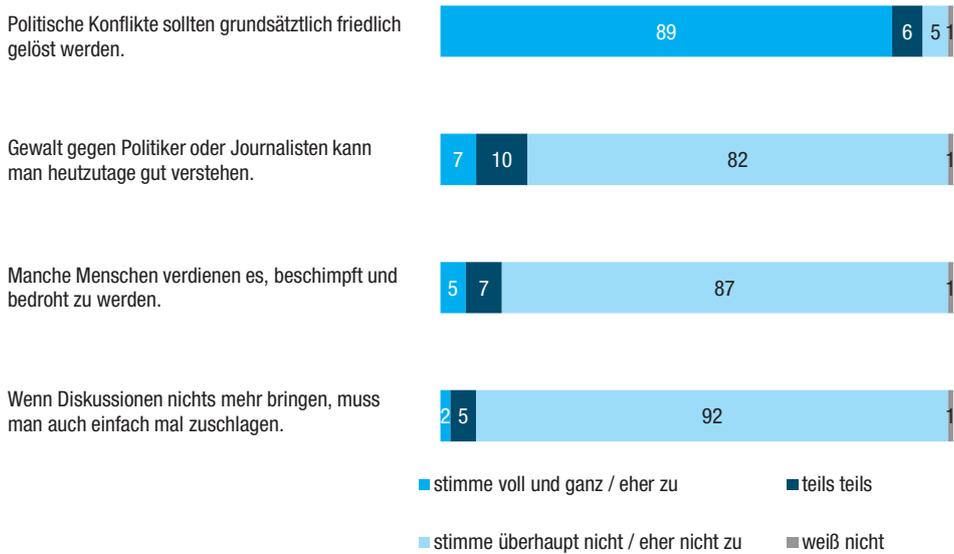
Abbildung 5
Vertrauen in Medienberichterstattung
Personen ab 18 Jahren, Angaben in %



Frage: „Aktuell wird in den Medien viel über Klimawandel, Wohnungsmangel, über Flüchtlinge und Islam sowie über die AfD berichtet. Bitte sagen Sie mir, ob Sie den Berichten der etablierten Medien zu den einzelnen Themen überhaupt nicht, eher nicht, teils teils, eher oder voll und ganz vertrauen. Wie ist das bei der Berichterstattung...“
Basis: Alle Befragten (n=1 200). Geringfügige Abweichungen von 100 Prozent aufgrund von Rundungen.

Quelle: Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen Welle 2019.

Abbildung 6
Gewaltbereitschaft
Personen ab 18 Jahren, Angaben in %



Frage: „Im Folgenden lese ich Ihnen einige Aussagen über politische Streitfragen vor, bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie diesen Aussagen voll und ganz, eher, teils teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.“
Basis: Alle Befragten (n=1 200). Geringfügige Abweichungen von 100 Prozent aufgrund von Rundungen.

Quelle: Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen Welle 2019.

liches Potenzial für die politische Kultur. Dazu kommt, dass sich Befürworterinnen und Befürworter von Gewalt unter Umständen bedeckt halten, sich also in Umfragen nicht als solche zu erkennen geben und die reale Zustimmung daher höher liegen könnte als die gemessene Zustimmung. Die Befunde für Deutschland deuten jedoch auf eine friedlichere Haltung zur Konfliktlösung hin als in anderen Ländern (z. B. in Großbritannien). (11)

Fazit

Fundament an
Medienvertrauen
für Krisen

Die Mainzer Langzeitstudie zeigt, dass die etablierten Medien in Deutschland weiterhin auf ein stabiles Fundament an Vertrauen in der Bevölkerung aufbauen können. Dass sich die Menschen in Krisenzeiten, wie aktuell während der Corona-Pandemie und ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen, verstärkt den Nachrichtenangeboten der Zeitungen und des Rundfunks zuwenden, lässt sich auch mit der Glaubwürdigkeit erklären, die diesen Angeboten attestiert wird. Nur eine Minderheit zweifelt grundsätzlich an der Zuverlässigkeit der Medien. Dieser Teil der Bevölkerung, in dem sogar der Vorwurf verbreitet ist, die etablierten Medien würden die Menschen systematisch belügen und manipulieren, ist allerdings nicht marginal: Etwa jede/r Vierte in Deutschland vertraut den Medien bei wichtigen Themen nicht. Geht es um politisch besonders umstrittene Fragen, die in aufgeheizter Atmosphäre diskutiert werden, sind die Vertrauenswerte noch geringer.

Das Vertrauensfundament in der Gesellschaft ist demnach nicht so breit und gefestigt, dass es gar nicht erschüttert werden könnte. Wenn in einer gesellschaftlichen Krise die Konflikte zunehmen, die Kräfte der Integration schwinden und etablierten Institutionen in Frage gestellt werden, kann diese Entwicklung auch die Nachrichtenmedien und den Journalismus erfassen. Diese werden von einem kleinen, aber teilweise lautstarken Teil der Bevölkerung mit scharfen Vorwürfen kritisiert, die in Zeiten allgemeiner Verunsicherung und sinkender Stabilität auf weitere Resonanz stoßen könnten. Auf der anderen Seite können Krisenzeiten auch dazu führen, dass sich viele Menschen noch stärker als zuvor an journalistischen Quellen orientieren, die sie als seriös einschätzen, und dass das Vertrauen in die Medien insgesamt sogar steigt.

Pauschale
Medienkritik
proviziert
Gegenreaktionen

Medienkritische Vorwürfe à la „Lügenpresse“ provozieren Gegenreaktionen. Wie die Daten der jüngsten Erhebungswelle zeigen, treffen die pauschalen Kritikerinnen und Kritiker zunehmend auf Widerspruch. Immer mehr Menschen stellen sich gleichsam schützend vor die etablierten Nachrichtenmedien und verteidigen sie gegen Globalkritik. Das bedeutet nicht, dass diese Menschen auf naive Weise alles gutheißen würden, was und wie die Medien berichten. Im Zuge einer anhaltenden Polarisierung beziehen sie jedoch

Stellung und artikulieren ein grundsätzliches Vertrauen in die Angebote professioneller Journalistinnen und Journalisten, die ihnen in der Mehrheit offenbar zuverlässiger erscheinen als beispielsweise die Informationen, die auf Social-Media-Plattformen zirkulieren. Für die etablierten Medien ist die steigende Nachfrage in Krisenzeiten demnach auch eine Chance, sich als verlässliche Quellen zu bewähren und den Menschen zu helfen, sich zu orientieren.

In den ersten Wochen der Corona-Krise zeigte sich laut ersten Erhebungen nicht nur ein gesteigertes Informationsbedürfnis, sondern auch ein vergleichsweise großes Vertrauen in die Medien. (12) Ob dies so bleibt und einen langfristigen Effekt hat, werden weitere Studien erweisen müssen.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Viehmann, Christina/Marc Ziegele/Oliver Quiring: Deutschland in Zeiten der Coronakrise: Gut informiert und mit gestärktem Gemeinschaftsgefühl in eine unsichere Zukunft? 2020, online verfügbar unter https://www.uni-mainz.de/presse/aktuell/11144_DEU_HTML.php (abgerufen am 9.6.2020)
- 2) Vgl. Schultz, Tanjev/Nikolaus Jakob/Marc Ziegele/Oliver Quiring/Christian Schemer: Erosion des Vertrauens? Misstrauen, Verschwörungstheorien und Kritik an den Medien in der deutschen Bevölkerung. In: Media Perspektiven, 5/2017, S. 246-259; Ziegele, Marc/Tanjev Schultz/Nikolaus Jakob/Viola Granow/Oliver Quiring/Christian Schemer: Lügenpresse-Hysterie ebbt ab. Mainzer Langzeitstudie „Medienvertrauen“. In: Media Perspektiven 4/2018, S. 150-162; Jakob, Nikolaus/Tanjev Schultz/Ilka Jakobs/Marc Ziegele/Oliver Quiring/Christian Schemer: Medienvertrauen im Zeitalter der Polarisierung. In: Media Perspektiven, 5/2019, S. 210-220. Vgl. auch Reinemann, Carsten/Nayla Fawzi/Magdalena Katharina Obermaier: Die „Vertrauenskrise“ der Medien – Fakt oder Fiktion? Zu Entwicklung, Stand und Ursachen des Medienvertrauens in Deutschland. In: Lilienthal, Volker/Irene Neverla (Hrsg.): „Lügenpresse“. Anatomie eines politischen Kampfbegriffs. Köln 2018, S. 77-94. Vgl. zudem Blome, Astrid/Tobias Eberwein/Stefanie Averbeck-Lietz (Hrsg.): Medienvertrauen. Historische und aktuelle Perspektiven. Berlin 2020.
- 3) Abhängige Variable: Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (5-stufig von „vertraue überhaupt nicht“ bis „vertraue voll und ganz“). Unabhängige Variablen: Alter, Geschlecht, Bildung, politisches Interesse, wirtschaftliche Zukunftsangst, Politikverdrossenheit. Korrigiertes $R^2 = 0.09$.
- 4) Vgl. BDZV: Digitale Reichweiten der Zeitungen steigen sprunghaft, Pressemitteilung, 24.3.2020, <https://www.bdzv.de/nachrichten-und-service/presse/pressemitteilungen/artikel/detail/digitale-reichweiten-der-zeitungen-steigen-sprunghaft/> (abgerufen 29.4.2020); Hein, David: Corona-Krise beschert Nachrichtensendungen hohe Zuschauerzahlen, Horizont, 16.2.2020, <https://www.horizont.net/medien/nachrichten/tv-quoten-corona-krise-beschert-nachrichtensendungen-hohe-zuschauerzahlen-181578> (abgerufen 29.4.2020).
- 5) Vgl. Ziegele, Marc/Christopher Niederer (im Druck): Hüter der Demokratie oder Lügenpresse? Zu den Ursachen und Folgen der Einstellungen von Menschen gegenüber Medien. In: Borucki, Isabelle/Katharina Kleinen-von Königslöw/Stefan Marschall/Thomas Zerback (Hrsg.): Handbuch Politische Kommunikation. Wiesbaden 2020.
- 6) Abhängige Variable: Vertrauen in Nachrichten auf sozialen Netzwerken (5-stufig von „vertraue überhaupt nicht“ bis „vertraue voll und ganz“). Unabhängige Variablen: Alter,

- Geschlecht, Bildung, politisches Interesse, wirtschaftliche Zukunftsangst, Politikverdrossenheit. Korrigiertes $R^2 = 0.08$.
- 7) Vgl. Perloff, Richard M.: A Three-Decade Retrospective on the Hostile Media Effect. In: *Mass Communication and Society*, 18, 6/2015, S. 701-729.
 - 8) Vgl. Blöbaum, Bernd: Bezugspunkte von Medienvertrauen. Ergebnisse einer explorativen Studie. In: *Media Perspektiven*, 12/2018, S. 601-607; Arit, Dorothee/Jens Wolling: Die Flüchtlingsdebatte in den Medien aus der Perspektive der Bevölkerung. Veränderungen von Nutzungsmustern, Erwartungen, Bewertungen und Einstellungen 2016 und 2017. In: *Media Perspektiven*, 6/2017, S. 325-337 sowie Maurer, Marcus/Pablo Jost/Milan Pfoh/Maximiliane Porath/Lea Wilke: Motivierte Zweifel. Wie die Voreinstellungen der Rezipienten zum Berichterstattungsgegenstand ihre Wahrnehmung der Medienglaubwürdigkeit beeinflussen. In: *Medien und Kommunikationswissenschaft*, 66, 3/2, 2018, S. 302-319.
 - 9) Vgl. Erhardt, Christian: Hasswelle überrollt Kommunen, Pressemeldung v. 10.3.2020, <https://kommunal.de/hasswelle-pressemeldung2020> (abgerufen 30.3.2020).
 - 10) Vgl. Dirk Metz Kommunikation (2019): Zwischen Bürgernähe und Netzhetze, <https://www.studien-metzkommunikation.de/zwischen-buergernaehе-und-netzhetze-1> (abgerufen 24.4.2020).
 - 11) So hält laut einer Umfrage der Universitäten Cardiff und Edinburgh eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Großbritannien Gewalt gegen Abgeordnete im Zuge der politischen Auseinandersetzungen um den Brexit für akzeptabel: <https://www.cardiff.ac.uk/news/view/1709008-future-of-england-survey-reveals-public-attitudes-towards-brexit-and-the-union> (abgerufen 24.4.2020).
 - 12) Vgl. Viehmann/Ziegele/Quiring (Anm. 1) sowie Betsch, Cornelia u.a.: COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO). Stand 29.5.2020. <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/cosmo-analysis.html> (abgerufen am 2.6.2020)